

"Kronen Zeitung" vom 28.04.2019

Vorarlberg Magazin

Sind die Grünen noch eine Bewegung, Herr Walser?

Lange Zeit saß Harald Walser für die Grünen im Nationalrat, mit dem Wahldebakel 2017 endete seine Polit-Karriere. Still geworden ist es um ihn in der Pension allerdings nicht, als kritischer Geist macht er nach wie von sich hören. Im Interview mit Elred Faisst spricht er über die politische Lage, das Ländle und die Zukunft seiner Grünen.

Für das Interview hat sich Harald Walser einen ganz besonderen Ort ausgesucht: das Cafe Zanona in Feldkirch. Ein klassisches Kaffeehaus also, das ebenso gut in der Wiener Innenstadt stehen könnte. So gesehen auch eine kleine Reminiszenz an jene Jahre, die er als Nationalrat in der Bundeshauptstadt verbrachte

Bei den vergangenen Nationalratswahlen haben die Grünen bekanntlich den Wiedereinzug verpasst, und statt Rot-Schwarz regiert seither Schwarz-Blau. Wie hat sich das Land aus Ihrer Sicht seither verändert?

Wir haben in Österreich eine Regierung mit einer Rechtspartei und einer rechtsextremen Partei. Es ist eine Verharmlosung, wenn man die FPÖ nur als rechtspopulistisch bezeichnet. Wir driften derzeit in eine Richtung ab, die ich in dieser Dimension nicht für möglich gehalten hätte. So diskutieren wir zum Beispiel über Menschenrechte in einer herablassenden und menschenverachtenden Weise. Die Lebensbedingungen für alleinerziehende Mütter oder auch Menschen mit Handicap werden sich massiv verschlechtern – mit der zynischen Begründung, es treffe eh nur Fremde. Das ist falsch, es trifft nämlich alle! Natürlich ist es richtig und wichtig, über die Flüchtlingsproblematik zu reden und Lösungen zu finden. Doch auch in diesem Bereich agiert die Regierung nicht nur unmenschlich, sondern auch dumm – etwa indem von unserer Wirtschaft dringend benötigte Lehrlinge abgeschoben werden. Schlimm finde ich zudem, auf welcher schamlosen Weise der Mord in der BH Dornbirn instrumentalisiert wird: Anstatt das Versagen des Innenministeriums deutlich anzusprechen, will Herbert Kickl nun die Gesetze nach seinem Gusto verändern – dabei hätte nur das bestehende Recht angewendet werden müssen!

Gehören Sie eigentlich auch zu denen, die Vergleiche mit der Zeit des Nationalsozialismus ziehen?

Nein, ich denke nicht, dass jetzt der Faschismus vor der Tür steht. Allerdings ist sehr wohl zu befürchten, dass Österreich immer mehr zu einem autoritären, illiberalen Staat wird – so wie das jetzt schon in Polen oder Ungarn Realität ist. Dass die Herren Kickl, Strache und Co. totalitäre Tendenzen hegen, ist ja so überraschend nicht. Schlimm ist aber, dass Sebastian Kurz das toleriert. Fakt ist aber auch, dass der Weg dieser Regierung in der Bevölkerung eine sehr breite Zustimmung findet.

Und wie erklären Sie sich das?

Die Menschen sind verunsichert – und zwar nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt. Begonnen hat alles mit der Finanzkrise 2008, welche gezeigt hat, wie fragil das Finanzgebilde geworden ist. Dazu kommen noch die sich aufgrund der Digitalisierung rapide verändernden Arbeitswelten – gerade weniger gut qualifizierte Menschen bangen um ihre Jobs. Das erzeugt Angst – und wer Angst hat, ist für politische Rattenfänger ein gefundenes Fressen. Wir hatten zu Beginn der 1930er-Jahre

ein ähnliches Phänomen: Damals sind nicht die Arbeitslosen Adolf Hitler nachgerannt, sondern die, die in Gefahr waren, arbeitslos zu werden. Es handelt sich dabei – damals wie heute – nicht um Menschen der untersten Einkommensschicht.

Ihr ehemaliger Parteifreund Alexander Van der Bellen wacht als Bundespräsident Kraft seines Amtes auch über die Verfassung. Müsste er sich Ihrer Meinung nach noch stärker einmischen?

Alexander van der Bellen greift zum Glück bei manchen Dingen ein – und ich würde mir wünschen, dass er das noch öfter macht. Er verteidigt die Menschenrechte und den Rechtsstaat. Aber in seiner Funktion ist er am Ende zu wenig einflussreich, um eine entscheidende Richtungsänderung herbeiführen zu können. Die Richtung wird von der Regierung bestimmt. Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob die verbliebenen Christlichsozialen in der ÖVP mutig genug sind, den Rechtskurs ihrer Partei zu stoppen. Auch der Mut von Landeshauptmann Wallner ist durchaus ausbaufähig. Von ihm hätte ich mir mehr erwartet – gerade weil wir in Vorarlberg ein insgesamt liberaleres und weltoffeneres politisches Klima haben als in anderen Teilen Österreichs.

Wieso ist gerade Vorarlberg vergleichsweise liberal? Nur an der Lage kann's ja nicht liegen

Die Lage im Herzen Mitteleuropas ist sicherlich ein Aspekt. Der andere ist, dass Vorarlberg eigentlich viel urbaner ist, als dies von außen wahrgenommen wird. Vorarlberger Wahlergebnisse ähneln zum Beispiel zumeist sehr stark jenen in Wien – nur mit dem Unterschied, dass man die strukturkonservativen Parteien ÖVP und SPÖ vertauschen muss.

Hat auch die schwarz-grüne Koalition das gesellschaftspolitische Klima verändert?

Nein, nicht unbedingt. Es ist vielmehr das Ergebnis eines liberalen Vorarlberg, dass überhaupt eine schwarz-grüne Koalition zustande kommen konnte.

Ein ganz anderes Phänomen hätte ich gerne erklärt: Bei der Bundespräsidenten-Wahl wurde mit Van der Bellen ein Kandidat gewählt, der zwar als Parteifreier angetreten ist, aber dennoch als Grüner wahrgenommen wurde. Monate später verpassten die Grünen dann den Einzug in den Nationalrat. Wie geht das zusammen?

Da haben einige Faktoren zusammengespielt. Die Verunsicherung der Menschen ist für die grüne Politik Gift, wir brauchen Mut zur Veränderung. Und natürlich war das Wahldebakel zu einem großen Teil auch selbst verschuldet: Ich war damals ein Kritiker der Parteiführung, die gravierende Fehler im Umgang mit den jungen Grünen und mit Peter Pilz gemacht und das dann auch noch lauthals hinausposaunt hat. Zudem hat sich die Parteilinie immer mehr weg von der Parlamentsfraktion und hin zur Parteizentrale bewegt. Alles zusammen ergab dann einen fatalen Mix – da nutzte auch der Rückenwind von der Präsidentschafts-Wahl nichts mehr.

Sind die Grünen heute noch eine Bewegung oder nur noch Partei?

Die Grünen sind eine Partei geworden und haben an Bewegung verloren. Die Dynamik früherer Jahre ist uns zweifelsfrei abhandengekommen. Wir werden als sehr angepasst wahrgenommen. Ich wurde parteiintern häufig kritisiert, weil ich viele Dinge beim Namen genannt habe. Nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat scheinen die Grünen jetzt aber wieder eine Bewegung zu werden – was mich für die Zukunft durchaus zuversichtlich stimmt.

Den Grünen wird ja oft eine Willkommens-Politik für Flüchtlinge nachgesagt. Wie stehen Sie selbst dazu?

Fakt ist, dass ein Staat wie Österreich keineswegs unbegrenzt aufnahmefähig und aufnahmebereit ist. Natürlich müssen wir Flüchtlinge in unser Land lassen. Allerdings dürfen die Asylverfahren maximal ein paar Monate dauern und sich nicht über fünf, sechs oder gar sieben Jahre ziehen. Ebenso falsch ist es, nachweislich bestens integrierte Menschen wieder in ihre Herkunftsländer zu schicken, obwohl für sie Österreich längst zu einer neuen Heimat geworden ist. Zudem gehorcht die österreichische Flüchtlingspolitik seit einigen Jahren falschen Prämissen. Es wurden fatale Fehler gemacht, gerade zu der Zeit, als ein gewisser Sebastian Kurz dafür zuständig war. Anstatt die Flüchtlinge vor Ort, etwa in Jordanien oder dem Libanon, zu unterstützen, haben wir Gelder gestrichen. Die Lager mussten schließen und die Flüchtlinge sind nach Europa weitergezogen, wo ihre Unterbringung viel teurer ist. Die Verpflegung in Jordanien war um einen Euro pro Tag möglich, hierzulande kostet das Ganze rund 18 Euro. Mit dieser falschen Politik treiben wir uns die Flüchtlinge quasi selber ins Land!

Man hat den Eindruck, dass es kaum ein anderes Thema mehr gibt, auch im gegenwärtigen EU-Wahlkampf ist die sogenannte Flüchtlingskrise allgegenwärtig.

Die Problematik wird von den Rechtsparteien extrem hochgespielt. Rechte Propaganda hin oder her – Fakt ist, dass wir aktuell im Vergleich zu 2015 nur rund zehn Prozent des Flüchtlingszuzugs haben. Das Schlimme ist, dass dieses permanente Krisen-Gerede den Blick auf die wirklich wichtigen Themen verstellt. So würde Österreich etwa dringend ein Einwanderungsgesetz, wie das zum Beispiel Kanada hat, brauchen. Angesichts sinkender Geburtenraten führt an einer gesteuerten Zuwanderung kein Weg vorbei!